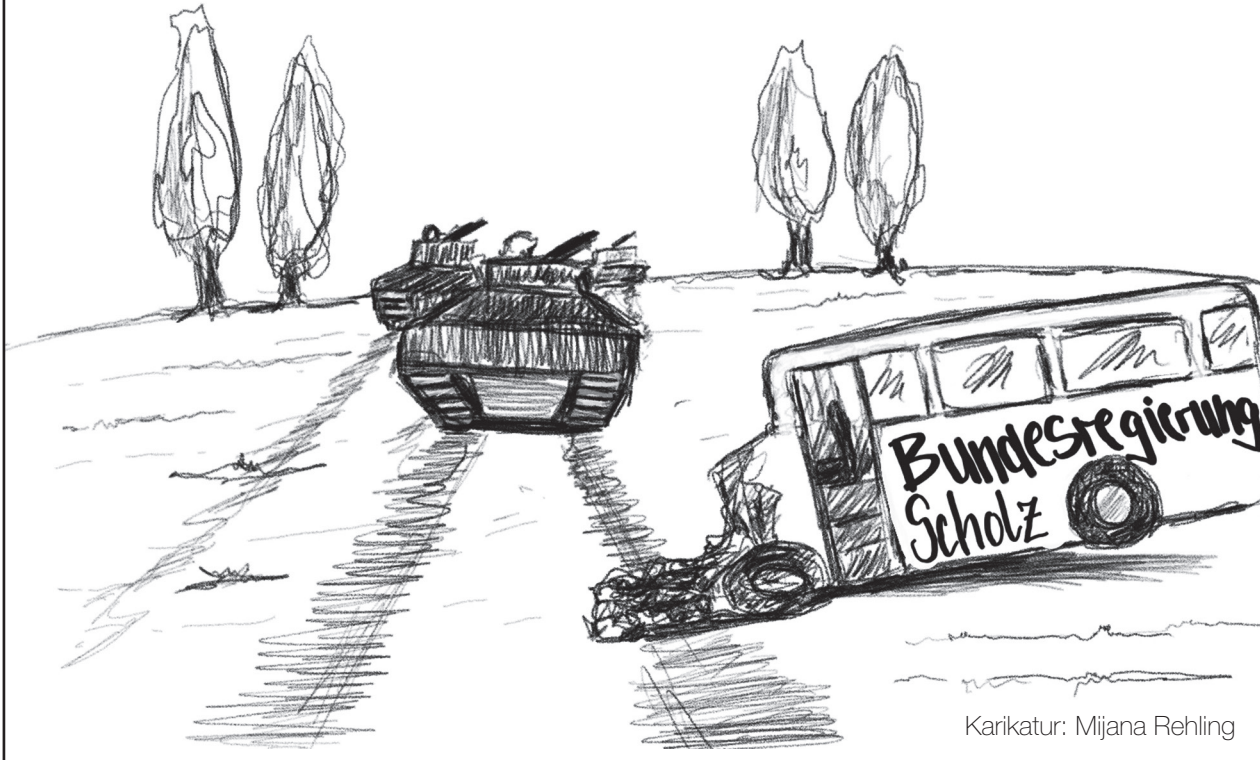


# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Februar 2023, 32. Jahrg.

## Marderschaden



Karikatur: Mijana Rehling

## Verhandlungen!

**DIE LINKE fordert eine europäisch abgestimmte Friedensinitiative. Und macht in Brandenburg Vorschläge für: Sozialticket, Härtefallfonds, Medikamentensicherheit und erwartet echte Hilfe für PCK in Schwedt.**

Am 25. Januar wurde es entschieden: Kampfpanzer sollen an die Ukraine geliefert werden. DIE LINKE steht weiter für Deeskalation (siehe Seite 7). Vielleicht sollte auch mal jemand Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) beibringen, wie man das Wort **FRIEDENSVERHANDLUNGEN** buchstabiert. Auch, wenn es einem naiv erscheint oder zutiefst widerstrebt, sich mit einem militärischem Angreifer an einen Tisch setzen zu wollen: Es gar nicht zu versuchen, ist nicht richtig. Denn: Waffen haben noch nie einen Krieg beendet, das schrieb ein Leser der OW-Redaktion (siehe Seite 6).

Letztlich fühlt es sich derzeit nicht gut an, recht zu haben. Mitte Januar noch wurde DIE LINKE für die Frage verhöhnt, ob als nächstes die Forderung nach Kriegsflugzeugen käme. Genau das passierte aber am gleichen Tag, als die Lieferung der Kampfpanzer bekannt gegeben wurde: Der ukrainische Präsident Selenskyi forderte Kampfjets. Kanzler Scholz erklärte auf Nachfrage im Bundestag zumindest, dass er die Lieferung von

Kampfflugzeugen und Bodentruppen ausschließe. Das allein reicht aber nicht: Für eine „europäisch abgestimmte Friedensinitiative“ setzt sich DIE LINKE ein.

Aber auch in unserer Region braucht es endlich sinnvolle Verhandlungen. So ist im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ein abgestimmter Tarif nötig. Während in Berlin das Sozialticket seit Januar nur noch 9 Euro kostet, blockiert Brandenburg weiter, so DIE LINKE. Ihr Fraktionschef im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, wirft der Landesregierung außerdem vor: „Dasselbe Zögern auch beim Härtefallfonds. In Berlin können damit seit Januar Gas- und Stromsperren abgewendet werden. In Brandenburg aber wird über Eckpunkte diskutiert. Da könnte die Heizperiode vorbei sein, bevor es einen Brandenburger Härtefallfonds gibt.“

Auch gegen die Medikamentenknappheit muss dringend etwas unternommen werden. Kinder und chronisch Kranke leiden unter Engpässen. Einiges könnte schnell geändert

werden, zum Beispiel bundesweit bürokratische Hürden verringern, so dass Apotheken mehr Medikamente selbst herstellen können. Anderes muss grundsätzlich in Angriff genommen werden: „Beenden wir die Abhängigkeit von Pharmariesen und Durchbrechen die Logik des Marktes“, schlussfolgerte Sebastian Walter am 25. Januar in einer von der LINKEN beantragten Aktuellen Stunde im Brandenburger Landtag (siehe OW Online vom 25.1.23).

Für unsere Region mindestens genauso wichtig: Die PCK Schwedt. Die versprochene Ölversorgung ist immer noch nicht gesichert. Die Hiobsbotschaft am 26. Januar: „Eine neue Pipeline aus Rostock, die langfristig auch für den Transport von Wasserstoff genutzt werden könnte, soll nicht kommen. Der Bundesregierung fehlt angeblich das Geld“, erklärte Sebastian Walter dazu. DIE LINKE hat deshalb eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses im Landtag beantragt. Auch hier muss neu verhandelt werden – mit der Bundesregierung. **bc**

### In dieser Ausgabe

**Eberswalde: Verstärkung für die Jugendsozialarbeit** 2  
LINKE sorgt für 2 neue Stellen

**Bernau:** 3  
Politischer Aschermittwoch am 22. Februar

**Werneuchen:** Hilfen für Vereine, Schulfonds bilden, Schul- und Sportsituation analysieren 3

**Landkreis Barnim: Angebote für soziale Beratung ausbauen** 3  
Ein Beschluss des Kreistages auf Antrag der LINKEN muss nun umgesetzt werden.

**Panketal: Neue Schulen, sichere Wasserversorgung** 4  
Die Arbeit der LINKEN in der Gemeindevertretung.

**Wandlitz: LINKE setzt auf Willkommenskultur.** 4  
79 Flüchtlinge in Klosterfelde? Bericht von einer Einwohnerversammlung.

**Ahrensfelde: Bauvorhaben.** 5  
Schullandschaft wird sich ändern und endlich sind Mietwohnungen geplant.

**OW-Recht: Wann verfällt der Urlaub?** 6  
Fragen an Arbeitsrichter André von Ossowski

**Leser:innenpost:** 6  
Waffen haben noch niemals einen Krieg beendet

**Blick über den Tellerrand:** 7  
▷ Frieden schaffen durch Verhandlungen.  
▷ Die neuen Seidenstraßen, eine Veranstaltung in Panketal.

### OW Online:

immer mittwochs und sonntags

auf: [www.dielinke-barnim.de](http://www.dielinke-barnim.de)  
oder Facebook:  
[Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)



### Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,  
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,  
BIC: WELADED1GZE;  
Verwendungszweck: Spende OW.  
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres.

# Verstärkung für die Jugendsozialarbeit

## DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde sorgt für zwei neue Stellen

Katharina Walter  
Stadtverordnete Eberswalde

Die Jugend von heute ist faul, macht Ärger und sowieso waren junge Menschen früher besser erzogen. Solche Ansichten hört man fast täglich – schon seit über 2000 Jahren übrigens. Schon Aristoteles wusste: „Unsere Jugend ist unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen.“ Und dann sind sie doch wieder unsere Zukunft und müssen gefördert und unterstützt werden.

Doch die Realität der letzten Jahre ist eine andere. „Du kannst alles werden, was du willst“, gilt schon lange nicht mehr für alle Kinder und Jugendliche in Eberswalde. Jedes vierte Kind wächst in der Kreisstadt in Armut auf, Treffpunkte für Jugendliche wurden abgerissen und neuer Platz bis heute nicht geschaffen. Auch während der Corona-Pandemie haben Kinder und Jugendliche unter den Einschränkungen besonders stark gelitten. In der aktuellen Preiskrise zeichnet sich erneut ab, dass sie in besonderem Maße von den drohenden sozialen Verwerfungen betroffen sein werden. Die explodierenden Preise in

sämtlichen Lebensbereichen treffen jeden, doch zwingen sie vor allem auch Familien, ihr Geld mehr denn je zusammenzuhalten. Ein Ausflug ins Kino, ein Zoobesuch und selbst die Klassenfahrt waren bereits vor der Krise für viele Familien nicht selbstverständlich. In Zukunft werden noch mehr Kinder und Jugendliche Abstriche machen müssen.

Die Grundprobleme müssen auf Bundes- und Landesebene gelöst werden. Aber DIE LINKE legt die Hände nicht in den Schoß oder wartet ab. Bereits 2019 hatte die Fraktion DIE LINKE dafür gesorgt, dass eine zusätzliche Streetwork-Fachkraft die mobile Jugendarbeit an städtischen Brennpunkten unterstützt.

Auch deshalb hat die Fraktion DIE LINKE im Eberswalder Stadtparlament im Zuge des Nachtragshaushalts die Initiative ergriffen und einen Antrag eingebracht, um die städtische Jugendarbeit zu stärken. Eine gute Sozialarbeit kann Härten abfedern und Menschen in konkreten Notlagen helfen – darum geht es jetzt. Trotz einiger deutlicher Widerstände aus der SPD und von den Grünen wurde der Antrag mit Unterstützung der CDU

durchgesetzt. In Eberswalde wird es künftig zwei weitere Vollzeitstellen für die Jugendsozialarbeit geben.

Diese können flexibel und somit beispielsweise auch für einen künftig entstehenden städtischen Jugendclub eingesetzt werden.

Zwei neue Stellen verändern nicht die Welt und auch nicht eine Stadt, aber sie sind ein wichtiger Baustein für eine Stadt, in der alle die glei-

**DIE LINKE Eberswalde:  
Eine gute Jugendarbeit kann  
soziale Härten abfedern.**

chen Chancen haben sollen. DIE LINKE wird weiter an dem Thema arbeiten und weitere Initiativen vorbereiten. Für eine



Stadt, in der alle eine Zukunft haben, egal was Aristoteles vor über 2000 Jahren sagte.

## Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen.

**Es können Termine kurzfristig abgesagt oder verschoben werden. Bitte informieren Sie sich vorab.**

**Kreisvorstand:** 7. März, jeweils 18 Uhr, Kontakt: info@dielinke-barnim.de

**Links-Eck Eberswalde:** Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

**Bürgerzentrum Bernau:** Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

**Regionalgruppe Cuba sí:** E-Mail: bernau@cuba-si.org **[\*solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

**Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:**

Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buero.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

**Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:**

**Kreistagsfraktion:** Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de; zurzeit Online: 27. Februar und 20. März, jeweils 18 Uhr, Kreistag: 8. März, 17 Uhr, Kreishaus, Am Markt 1

**Ahrensfelde:** Fraktionssitzung: 16. Februar, 16. März, 17 Uhr, Seniorenbegegnungsstätte, Gemeindevertretersitzung: 20. Februar, 20. März, jeweils 19 Uhr, Orts- und Gemeindezentrum Ahrensfelde, Lindenberger Str. 1B

**Bernau bei Berlin:** Stadtvorstand: 1. Montag im Monat: 6. März, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau, Berliner Str. 17  
Stadtfraktion: 22. März, 18 Uhr, Bürgerzentrum Bernau, Kontakt: fraktion-bernau@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252;  
Stadtverordnetenversammlung: 23. Februar und 23. März, jeweils 16 Uhr, Neues Rathaus Bernau, Bürgermeisterstraße 1

**Termin vormerken: Politischer Aschermittwoch der Bernauer LINKEN: 22. Februar 2023, 18 Uhr, Ofenhaus Bernau.**

**Biesenthal:** Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzungen: Online,  
Stadtverordnetenversammlung: 9. Februar und 30. März, jeweils 19 Uhr, Grundschule „Am Pfefferberg“, Bahnhofstr. 9-12

**Eberswalde:** Stadtvorstand: Kontakt: Bürgerbüro, Heegermühler Straße 15.  
Stadtfraktion: Anfragen an Tel.: 03334-236987, E-Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de; Stadtverordnetenversammlung: 28. Februar und 28. März, jeweils 18 Uhr, Familiengarten, Stadthalle „Hufeisenfabrik, Am Alten Walzwerk 1

**Chorin:** Gemeindevertretersitzung: 23. Februar, 19 Uhr (Ort noch unbekannt), 30. März, 19 Uhr, Gemeindehaus Sandkrug

**Panketal:** Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktion, Kontakt: ines@pukall.eu,  
Fraktion: 14. Februar und 14. März, jeweils 19 Uhr, Ratssaal im Rathaus Panketal, Schönower Str. 105  
Gemeindevertretersitzung: 28. Februar und 28. März, jeweils 19 Uhr, Ratssaal im Rathaus Panketal, Schönower Str. 105

**Schorfheide:** Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Monis Mühlenbistro, Hauptstraße 129, 16244 Finowfurt,  
Gemeindevertretersitzung: 22. Februar, 19 Uhr, Schule Finowfurt

**Wandlitz:** Ortsverband: jeder 2. Mittwoch im Monat; Tel.: 0178-9700577; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de;  
Gemeindevertretersitzung: 16. Februar und 23. März, jeweils 18 Uhr, „Goldener Löwe“, Breitscheidstraße 18, Wandlitz

**Werneuchen:** Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;  
Ortsverband: 10. Februar, 10. März, jeweils 19 Uhr, Bürgerzentrum Bernau, Stadtfraktion: 23. Februar und 23. März,  
Stadtverordnetenversammlung: 30. März, 19 Uhr, Adlersaal, Berliner Allee 18a

## Impressum

**Herausgeber:**

Virtuelle AG Offene Worte  
der LINKEN Barnim &  
Kreistagsfraktion der LINKEN

**Kontakt:** DIE LINKE Barnim,  
Heegermühler Straße 15,  
16225 Eberswalde,  
Tel.: 03334-22026,  
Fax: 03334-385489

**E-Mail:**  
offeneworte@dielinke-barnim.de

**Redaktion:** Petra Bochow (pb),  
Berit Christoffers (bc), Matthias Holz  
(mh), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz  
Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm),  
Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian  
Walter (ViSDP/sw),

**Druck:** Druckerei Gottschalk

**Auflage:** 22.000

**nächster Redaktionsschluss:**

20. März 2023

**nächster Erscheinungstermin:**

6. April 2023

**Online-Ausgaben:**

mittwochs und sonntags auf  
www.dielinke-barnim.de

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

**download als pdf-Datei:**

www.dielinke-barnim.de  
alle archivierten Zei-  
tungen vorhanden.  
oder direkt:





# Angebote für soziale Beratung ausbauen

Beschluss des Kreistages auf Antrag der LINKEN muss nun umgesetzt werden.

Von Lutz Kupitz,  
Vorsitzender der Kreistags-  
fraktion der LINKEN

Der Dezemberkreistag beschloss auf Antrag der LINKEN, die Gelder für soziale Beratung aufzustocken. Begleitend dazu wurde die Verwaltung mit einem weiteren Beschluss aufgefordert, eine Koordinierung der Arbeit der verschiedensten Beratungsstellen zu unterstützen.

Hintergrund beider Anträge ist, dass durch die aktuellen Entwicklungen der Beratungsbedarf zu Energiepreisen, Wohngeld, Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung wesentlich erhöht hat. Laut Aussagen von Trägern sozialer Beratung betrifft das Arbeitnehmer:innen im Niedriglohnsektor genauso wie Alters- oder Erwerbsunfähigkeits-Rentner:innen.

Insbesondere geht es um die Fragen, wie steigende Abschlagszahlungen für Strom, Heizung bzw. Betriebskostenvorauszahlungen bezahlt werden sollen. Es häufen sich derzeit auch Anfragen von Ratsuchenden, die auf Grund von Mietrückständen Gefahr laufen, in die Obdachlosigkeit abzurutschen. Die Zahlungsrückstände ergeben sich in diesen

Beratungsfällen größtenteils durch die inflationsbedingt gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Deshalb muss die personelle Ausstattung in Beratungsstellen erhöht werden.

Aber das allein genügt in der derzeitigen Situation nicht. Im Kreis Barnim gibt es verschiedenste Akteure, die Betroffene mit großem Engagement unterstützen, aber eben oft nur einen Teil der notwendigen Beratung anbieten können und dürfen. Deshalb soll es aus unserer Sicht eine Koordinierung der verschiedensten Beratungsangebote geben, die zum Ziel hat, eine Anlaufstelle für die verschiedensten Probleme anzubieten. Denn Betroffene finden oft nicht einmal die für sie zutreffenden Anträge oder können diese nicht sachgerecht ausfüllen. Außerdem gibt es zu den verschiedenen Themen derzeit auch noch verschiedene Anlaufstellen. Und schließlich ist zu beobachten, dass nicht wenige Bürger:innen die ihnen zustehenden Unterstützungsleistungen als Almosen des Staates empfinden und deshalb gar keinen Antrag stellen. Betroffene sind also oft auch unsicher, welche Hilfsangebote ihnen gesetzlich zustehen.

**LINKE aus Bernau laden ein zum traditionellen Politischen Aschermittwoch: 22. Februar 2023**

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der SVV Bernau bei Berlin

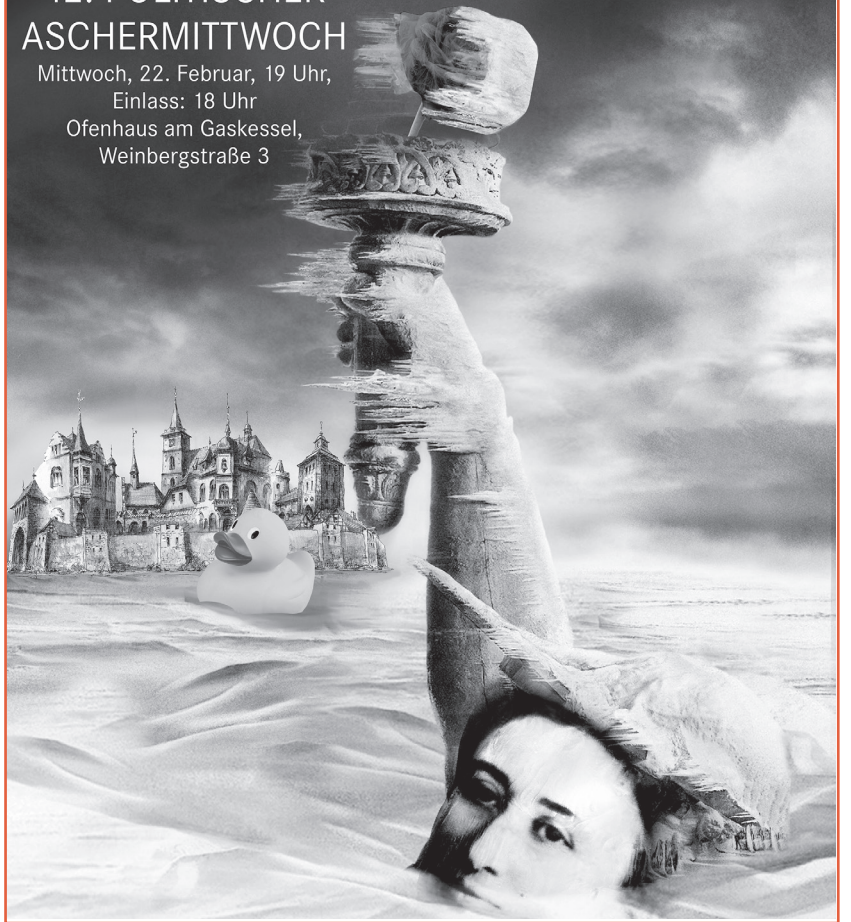
**HURRA, WIR LEBEN NOCH!**

**12. POLITISCHER ASCHERMITTWOCH**

Mittwoch, 22. Februar, 19 Uhr,

Einlass: 18 Uhr

Ofenhaus am Gaskessel,  
Weinbergstraße 3



## Vereine und Seniorenarbeit erhalten mehr Geld, ein Schulfonds wird gebildet

Stadtverordnetenversammlung Werneuchen stimmte am 26. Januar Anträgen der LINKEN zu.

Eine Erhöhung der Zuschüsse für Vereine beantragte DIE LINKE auf der Werneuchener Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar. Dies wurde beschlossen. „Damit erhalten Vereine in allen Ortsteilen in diesem Jahr 33 Prozent mehr als bisher“, erläuterte Fraktionsvorsitzender Alexander Horn. „Die letzte Erhöhung der Zuschüsse an die Vereine erfolgte mit dem Haushaltsplan für 2020“, so Horn. Seitdem sei Werneuchen um weitere 200 Einwohner:innen gewachsen. Außerdem hätten viele Vereine in den vergangenen zwei Pandemie-Jahren vor großen Herausforderungen gestanden. „Mit der Erhöhung zeigen wir unsere Wertschätzung für die ehrenamtliche Tätigkeit der Vereine, mit der sie das Leben in unserer Stadt bereichern“, so Horn.

Die Einrichtung eines Schulfonds in Höhe von jeweils 1.000 Euro für die Grundschule und die Europaschule beantragte DIE LINKE. Mit diesem sollen unbürokratisch Schülerinnen und

Schüler unterstützt werden bei finanziellen Aufwendungen, die mit dem Schulleben verbunden sind, so hieß es im Antrag. „Die Schulleitungen können nun eigenverantwortlich in Abstimmung mit den Klassenlehrer:innen über die sachgerechte Verwendung entscheiden“, freut sich Stadtverordnete Karen Mohr, dass der Antrag ihrer Fraktion eine Mehrheit gefunden hat. „Denn durch die tägliche Betreuung der Kinder kennen Lehrerinnen und Lehrer die individuellen Verhältnisse und Familiensituationen der Schüler:innen“, begründet Mohr.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss auf Antrag der LINKEN außerdem, dass ab diesem Jahr die Gelder für die Seniorenarbeit um 20 Prozent in allen Ortsteilen Werneuchens erhöht werden. „Damit unterstützen wir die Seniorenarbeit, die die Teilhabe unsere älteren Mitbürger:innen am gesellschaftlichen Leben ermöglicht“, erläuterte Stadtverordnete Karen Mohr.

DIE LINKE beantragte eine Bedarfsanalyse und ein Standortkonzept für die Europaschule in Werneuchen. Dabei sollen vor allem die perspektivisch benötigten Klassenräume ermittelt und ein Ausbau der Turnhalle geprüft werden, die dann sowohl für den Schul- als auch für den Breitenport genutzt werden soll. Auch eine Prüfung für den Bau einer Aula/Mensa ist im Antrag enthalten. Hierbei stellen sich die LINKEN den Einbau einer kombinierten Großküche vor, womit der Bedarf der Essensversorgung an der Europaschule, der Grundschule und aller Kindertagesstätten in der Stadt Werneuchen einschließlich des Hortes der Grundschule gedeckt werden könnte. „Die Anzahl der Schüler:innen an der Europaschule in Werneuchen steigt weiter und der Trend setzt sich fort. Deshalb brauchen wir hier eine Bedarfsanalyse“, erklärte Alexander Horn. Auch für den Ausbau der Turnhalle gibt es Bedarf. „Die steigende Nachfrage nach Freizeits-

port ist erfreulich, die Turnhallen im Stadtgebiet sind aber ausgelastet und bereits an der Kapazitätsgrenze angekommen“, so Horn. Und eine eigene Essensversorgung könnte aus Sicht der Fraktion der LINKEN ebenfalls positive Wirkungen haben: „Immer wieder ist die Qualität und die Quantität der Essensversorgung Gegenstand der Diskussion in den verschiedenen Gremien“, erläutert Horn. Eine ergebnisoffene Prüfung könne Alternativen aufzeigen. Dieser Antrag der LINKEN wurde in die Stadtverordnetenversammlung im März vertagt.

Ebenfalls in den März vertagt wurde der Antrag der LINKEN, das Dorfgemeinschaftshaus in Seefeld zu bauen. „DIE LINKE hat in ihrem Antrag aufgeführt, wie die Finanzierung mithilfe von Fördermöglichkeiten des Landkreises und von EU-Mitteln erfolgen kann“, berichtete Fraktionsvorsitzender Alexander Horn. „Wir hoffen nun, dass im März darüber sachgerecht entschieden werden kann.“ *bc*



# Neue Schulen, sichere Wasserversorgung

## DIE LINKE in Panketal – Unsere Arbeit in der Gemeindevertretung.

Eine Zusammenstellung der  
LINKEN Panketal

Nach zwei Jahren voller Einschränkungen durch die Corona-Pandemie gab es 2022 in Panketal wieder viele Aktivitäten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Der Ortsverband der LINKEN hat den Alltag in der Kommune aktiv mitgestaltet, durch die Arbeit der Fraktion in der Gemeindevertretung, als Abgeordnete im Barnimer Kreistag, mit diversen Veranstaltungsangeboten, über die Mitwirkung in Vereinen oder in der Bürgerstiftung.

Überschattet wurde alles durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Das ist auch an Panketal nicht spurlos vorübergegangen. Im Ort sind rund 200 ukrainische Geflüchtete untergekommen, die überwiegend in Privathaushalten leben. Die Energiekrise und die Rekordinflation stellen sowohl die Bürger:innen als auch die Verwaltung vor neue Herausforderungen. Wichtige Projekte werden teurer, so der Bau der neuen Sporthalle an der Straße der Jugend. Andere Projekte, wie die Errichtung einer barrierefreien Bushaltestelle am Hollandpark, konnten nicht realisiert werden. Es fand sich schlichtweg kein Bauunternehmen für die Umsetzung.

Die Einkommenssteuereinnahmen in Panketal sind stabil. Dennoch sind die Kostensteigerungen für Lebensmittel, Sprit und Energie längst auch bei den Menschen mit mittleren Einkommen deutlich spürbar. Die Mieten für neu errichtete Wohnungen steigen enorm. Im Neubau neben dem Rathaus am S-Bahnhof Zepernick werden 18 bis 20 Euro Kaltmiete verlangt.

Ab dem 1. Januar 2023 haben mehr Menschen Anspruch auf Wohngeld. Dies gilt auch für Hauseigentümer:innen mit geringem Einkommen. Wer von einer großen Nachzahlung an Energie- oder Nebenkosten betroffen ist, hat in dem betreffenden Monat unter Umständen Anspruch auf Sozialleistungen. **DIE LINKE Panketal bietet zusammen mit der LINKEN Bernau eine kostenlose Sozialberatung an. Melden Sie sich bei uns unter:**

[panketal@dielinke-barnim.de](mailto:panketal@dielinke-barnim.de).

### Panketal 2030/2040

Die Gemeinde geht mit der Erarbeitung von mittelfristigen Konzepten einen qualitativ neuen Schritt: So werden ein Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept (IGEK 2040), ein Quartierskonzept nördlich der Schönerlinder Straße und eines für Hobrechtsfelde, ein Integriertes Klimaschutzkonzept und ein Radverkehrskonzept erarbeitet. Durch die Arbeit in AG's und Kontaktgruppen

gibt es eine beispielgebende Zusammenarbeit zwischen der Gemeindevertretung und der Verwaltung. In der AG IGEK 2040, der AG Wasser, der AG Investitionsvorhaben und der Kontaktgruppe Grundschule wurden – stets mit aktiver Beteiligung der LINKEN – durchdachte Lösungen erarbeitet und so die Grundlage für einen größeren Konsens in der Gemeindevertretung geschaffen.

### Panketaler Schullandschaft

Die Schülerzahlen steigen. Die Gemeinde hat es über Jahre nicht geschafft, wichtige Investitionen an der **Gesamtschule** zu tätigen. Die Heizungsanlage, das WAT-Gebäude und die Einfeldsporthalle müssten umfangreich saniert werden. Aufgrund großer Bauprojekte, wie der Turnhallenneubau an der Straße der Jugend und die Errichtung einer neuen Grundschule an der Elbestraße, ist die Gesamtschule auf der Liste der Investitionsvorhaben immer weiter nach hinten gerutscht. Panketal kann eine weiterführende Schule, wie die Gesamtschule, betreiben, muss es aber nicht. Für weiterführende Schulen ist der Landkreis zuständig. Dass der Landkreis ein guter Schulträger ist, beweist er am Schulstandort Schwanebeck, wo er umfangreiche Investitionen getätigt hat. Wir sind für einen Trägerwechsel der Gesamtschule, wenn dadurch endlich die überfälligen Investitionen erfolgen.

**Die Grundschule am Campus Zepernick** ist eine der größten Brandenburgs. Sie platzt aus allen Nähten. Dringend wird die neue Grundschule an der Elbestraße gebraucht. Dort wird 2025/2026 ein moderner und nachhaltiger Schulcampus entstehen. Dies geht unter anderem auf einen Antrag der Fraktionen der LINKEN und der GiP + FDP/GUL zur Einführung des „Leitfaden Nachhaltiges Bauen“ des Bundes (BNB) für zukünftige Hochbaumaßnahmen der Gemeinde zurück. Durch die Einhaltung dieses BNB-Standards konnte eine umfangreiche KfW-Förderung für das Projekt beantragt und bewilligt werden.

Wir unterstützen die **Errichtung eines kommunalen Gymnasiums auf dem Lauseberg in Zepernick** durch den Landkreis. Panketal hat bisher kein kommunales Gymnasium. Die Schüler:innen der neuen Grundschule an der Elbestraße brauchen langfristig einen gut zu erreichenden Zugang zu weiterführenden Schulen.

DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass ein Teil der Fläche auf dem Standort Lauseberg nicht versiegelt werden darf, sondern ökologisch aufgewertet werden muss (Ausgleichsmaßnahmen). Die Idee, einen Grün-



Die erweiterte Fraktion von DIE LINKE. Panketal (v.l.n.r.):

Lutz Grieben, Ortsvorsteher Schwanebeck, Sigrid Harder, Vorsitzende des Finanzausschusses, Thomas Stein, Vorsitzender des Hauptausschusses und Kreistagsabgeordneter, Peter Richter, Sachkundiger Einwohner (SE) Ortsentwicklungsausschuss, Dr. Lothar Gierke, SE im Sozialausschuss, Ortsbeirat Zepernick, Vorsitzender der LINKEN Panketal, Ines Pukall, Fraktionsvorsitzende, Bianca Metke-Stein, Ortsbeirat Schwanebeck, Eva Schmidt, SE Ausschuss für Haushalt und Finanzen im Kreistag und im Finanzausschuss der Gemeinde Panketal, Judith Schwarz, Gemeindevertreterin, Jan Kreßner, SE Sozialausschuss, – und – leider nicht auf dem Foto: Frank Willimzik, SE Petitionsausschuss. Foto: SPUTNIKKeins-fotografie.

gürtel in parkähnlicher Gestaltung vom Heidewaldchen zum Robert-Koch-Park zu schaffen, begrüßen wir.

Es ist geplant, die **Außensportanlagen** des Gymnasiums als wettbewerbsfähige Variante zu errichten. Diese Anlage könnte dann von Leichtathlet:innen aus Panketal und dem Barnim genutzt werden. Ein Standort für hervorragende Kinder- und Jugendsportarbeit würde entstehen. Unsere Fraktion unterstützt den Plan grundsätzlich. Dennoch nehmen wir die vorgetragenen Bedenken der Anwohner:innen ernst und warten auf die Emissionsgutachten. Gern sind wir zu lösungsorientierten Gesprächen bereit.

### Das Thema Wasser

Ein viel diskutiertes und sehr wichtiges Thema ist das abnehmende Grundwasser und die Wasserversorgung der Panketaler Bevölkerung.

Unsere Fraktion hat für das Sprengverbot mit Trinkwasser in den Monaten April bis September von 17 bis 21 Uhr gestimmt. Natürlich führt das nicht per se dazu, dass weniger Wasser verbraucht wird. Es führte aber dazu, dass das hiesige Wasserwerk in den Sommermonaten in den Feierabend- bzw. Abendstunden nicht mehr überlastet wurde, was in der Vergangenheit bereits der Fall war.

DIE LINKE Panketal setzt sich für den konsequenten Verbleib des Niederschlagswassers in der Gemeinde ein. Dazu muss das Regenwasser in Rückhaltebecken, Rigolen und auf

Feuchtwiesen aufgefangen werden, um sukzessive versickern zu können. Was das Prinzip der „Schwammstadt“ angeht, ist Panketal bereits vorbildlich. Nachholbedarf gibt es bei der Mehrfachnutzung von Wasser, bei der Grauwassernutzung und bei der Errichtung von Kleinkläranlagen. Das eine oder andere ist vom Eigenbetrieb bereits geplant. Es wird geprüft, ob in Hobrechtsfelde eine Kleinkläranlage errichtet werden kann. Wir bleiben auf jedem Fall an diesem Thema dran!

Unter der sehr erfolgreichen und von allen demokratischen Fraktionen gelobten Leitung der AG Wasser durch unseren Gemeindevertreter Thomas Stein wurden konstruktive und bürgerfreundliche Lösungen zum Gebührenmodell und zu den Gartenwasserzählern erarbeitet. Langfristig sollen die Gartenwasserzähler abgeschafft und durch Pauschalen pro Wasserzähler ersetzt werden. Das Trinkwasser erhält so eine höhere Wertschätzung. Großzügiges Sprengen damit würde teurer.

### Und sonst so?

Regelmäßig laden wir zu kostenlosen Veranstaltungen ein (siehe Seite 7). Dabei arbeiten wir sehr eng mit dem „kommunalpolitischen Forum e.V.“ zusammen.

Unsere regelmäßige Skatrunde erfreut sich größter Beliebtheit und macht allen sehr viel Spaß. Sie möchten dabei sein? Melden Sie sich!

Email: [panketal@dielinke-barnim.de](mailto:panketal@dielinke-barnim.de)



# LINKE setzt auf Willkommenskultur

2.034 Geflüchtete muss der Landkreis Barnim mit seinen knapp 189.000 Einwohner:innen im Jahr 2023 unterbringen, das ist gut 1 Prozent. 79 davon könnten in Klosterfelde leben.

Von Isabelle Czok-Alm,  
Gemeindevertreterin und  
Mitglied im Ortsbeirat Klosterfelde

In Klosterfelde plant der Landkreis Barnim ein Übergangswohnheim zu etablieren. Bei einem Vororttermin Anfang Dezember konnte sich der Ortsbeirat ein erstes Bild machen. Am 11. Januar fand ein Gespräch zwischen Vertreter:innen des Landkreises und des Ortsbeirates und dem Bürgermeister der Gemeinde Wandlitz, Oliver Borchert, statt. Am 17. Januar gab es eine erste Einwohnerversammlung. Bei allen Terminen war ich anwesend.

Vorab möchte ich feststellen, dass auch ich die Informationspolitik des Landkreises, Ortsbeirat und Bürger:innen so spät einzubeziehen, von Anfang an kritisiert habe. Das hätte besser laufen müssen, und ich wünsche mir in Zukunft mehr Transparenz. Allerdings ist fraglich, ob eine frühere Information die Situation vor Ort verbessert hätte..., denn die Stimmung ist zurzeit sehr aufgeheizt. Und bei der Einwohnerversammlung waren diverse als rechtsextrem eingestufte Gruppen und Parteien wie compact-Magazin, AfD, NPD anwesend.

Aber erst einmal zu den Fakten. Im Barnim sollen im Jahr 2023 insgesamt 2.034 Geflüchtete untergebracht werden, das erklärten Vertreter des Landkreises auf der Veranstaltung am 17. Januar. Die genaue Verteilung in

die einzelnen Städte und Gemeinden im Barnim sei noch nicht entschieden. Dazu gebe es noch Gespräche mit allen Bürgermeister:innen und Amtsdirektor:innen im Kreisgebiet. In Klosterfelde könnten 79 geflüchtete Menschen unterschiedlicher Herkunft Schutz und Sicherheit finden. Die Diskussion darum ist unterirdisch. Der Ortsvorsteher verteilte eine „Eilige Bürgerinformation“, die – positiv betrachtet – dazu aufruft, das Projekt abzulehnen. Bei genauerem Hinsehen wird Panik vor Menschen anderer Herkunft geschürt mit rechtsextremistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Argumenten. Ich persönlich erwarte von einem Ortsvorsteher, dass er für alle Bürger:innen in seinem Dorf da ist und sich neutral und ausgleichend verhält. DAS ist seine Verantwortung. Aber wie bereits in der Corona-Pandemie wird der Ortsvorsteher von Klosterfelde dieser Verantwortung nicht nur nicht gerecht – er handelt verantwortungslos und egoistisch. Leider ist auch ein Großteil des Ortsbeirates nicht bereit oder in der Lage, sich davon zu distanzieren. Warum?

Wie vorherzusehen war (es wurde ja entsprechend mobilisiert), waren bei der Einwohnerversammlung am 17. Januar die Stimmen laut, die grundsätzlich unter dem Motto „Keine Ausländer“ dagegen sind. Halbwahrheiten und Falschinformationen werden weiter verbreitet, Angst und

Panik geschürt. Menschen, die einfach nur Sorgen und Fragen haben, kamen kaum zu Wort. Viele interessierten sich auch nicht für die Antworten des Landkreises, der Träger der Einrichtung wäre. Es wurde dazwischen gebrüllt und geäußert, dass die Aussagen des Landkreises nicht interessieren, weil die Einrichtung verhindert werden müsse. Dabei schreckten viele auch vor rassistischen Äußerungen oder Einschüchterung und Bedrohung nicht zurück.

Glücklicherweise greifen wir in Wandlitz seit 10 Jahren auf eine traditionell positive Willkommenskultur zurück. Und damit auf einen wunderbaren Erfahrungsschatz. Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit in der Gemeinde demokratisch und solidarisch denkt. Inzwischen haben sich



**Wandlitz zeigt Haltung** ist ein überparteilicher Zusammenschluss progressiver Kräfte in Wandlitz. Wir sind Bürger:innen der Gemeinde Wandlitz und setzen uns für ein solidarisches, demokratisches und vielfältiges Zusammenleben in unserer Gemeinde ein.

Wir verstehen unser Netzwerk als Aktionsbündnis, das Initiativen und Aktivitäten in der Gemeinde Wandlitz und Umgebung vernetzt und Engagement bündelt.

Unser Bündnis setzt sich für ein von gegenseitiger Achtung getragenes Zusammenleben aller Menschen, mit gleichen Rechten und Pflichten ein. Wir treten mit gewaltfreien Mitteln neofaschistischen und rechtspopulistischen Kräften entgegen. Wir sind der Gegenpol zu rechten, demokratiefeindlichen Strukturen und geben somit Bürger:innen, die für Respekt und Vielfalt in Politik, Gesellschaft und Kultur stehen, eine Heimat und eine Stimme.

**Machen Sie mit! Zeigen Sie gemeinsam mit uns Haltung!**

[WWW.WANDLITZZEIGHALTUNG.DE](http://WWW.WANDLITZZEIGHALTUNG.DE)

viele Menschen meinem Aufruf angeschlossen, eine Ortsgruppe „Runder Tisch Willkommen – Ortsteil Klosterfelde“ zu gründen. Willkommen sind alle Menschen, die mit offenem Herzen helfen wollen, dass die in der Gemeinde Wandlitz etablierte positive Willkommenskultur auch in Klosterfelde ein Erfolg wird.

## Bauvorhaben in Ahrensfelde

Schullandschaft wird sich ändern und endlich sind Mietwohnungen geplant

Christina Emmrich  
Fraktionsvorsitzende der  
LINKEN in Ahrensfelde

Seit vielen Jahren wünschen sich Bewohner:innen der Gemeinde eine weiterführende Schule und ein staatliches Gymnasium. Dieser Wunsch verstärkte sich, als es keine Möglichkeit mehr gab, Gymnasien in anliegenden Berliner Bezirken zu besuchen.

Mit dem Schuljahr 2023/2024 wird es am Standort Blumberg eine staatliche Schule von der ersten bis zur zehnten Klasse geben. Voraussetzung dafür war der Bau einer neuen Grundschule durch die Gemeinde in Lindenberg, die seit dem Schuljahr 2022/2023 in Betrieb ist.

Schüler:innen der Gemeinde, die das Gymnasium besuchen, können dies bisher in Blumberg. Allerdings ist es eine private Einrichtung und es muss Schulgeld gezahlt werden. Ansonsten haben sie sehr lange Schulwege.

Nun hat der Kreistag entschieden, dass er in Ahrensfelde ein Gymnasium baut. Es wird auf einem Grundstück entstehen, das bisher der evangelischen Kirche gehörte und direkt an der Regionalbahnlinie liegt. Das Gymnasium erhält neben dem bereits vorhandenen Sportplatz eine Turnhalle, die auch von Freizeitsportler:innen genutzt werden kann.

Bis zu diesem Punkt herrscht in der Gemeinde Einigkeit.

Bereits im November 2021 beschloss die Gemeindevertretung Eckpunkte zur städtebaulichen Entwicklung von Flurstücken an der Lindener Straße, die der evangelischen Kirche gehören. In der Sitzung im Januar haben wir, auch die anwesenden Mitglieder der Fraktion DIE LINKE, den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans gefasst.

Damit war die Voraussetzung geschaffen, dass der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes für das Gymnasium und die Turnhalle eben-

falls gefasst werden konnte. Die Fläche, die bebaut wird, umfasst rund 11 Hektar. DIE LINKE unterstützt das Vorhaben, weil nicht nur Einfamilienhäuser, sondern auch Geschossbauten entstehen. Letztere werden zum großen Teil Mietwohnungen, die in der Gemeinde dringend gebraucht werden.

Nachvollziehbar sind die Argumente derer, die das Wohnungsbauvorhaben verhindern wollen. Schwerpunkt ist und bleibt die Verkehrssituation in der Gemeinde. Die Verkehrsströme auf der B 158 haben sich weiter verdichtet und noch immer, nach rund 30 Jahren, ist nicht abzusehen, wann die Umgehungsstraße gebaut wird.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich die Entscheidung für das Bauvorhaben nicht leicht gemacht. Wachsender Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle Altersgruppen und weiterführende Schulen in der Gemeinde waren letztlich die ausschlaggebenden Gründe für unsere Zustimmung.

**Die Bernauer LINKE lädt ein zum Alternativen Jahresempfang: 16. Februar, 18 Uhr Bürgerbüro, Berliner Straße 17**

**Traditionell werden Spenden für die Bernauer Tafel gesammelt.**





Urlaub, die schönste Zeit des Jahres. Urlaub ist, ohne es ausdrücklich nachlesen zu können, ein Grundrecht für Arbeitnehmer. Nach Europarecht müssen die EU-Länder dafür sorgen, dass Arbeitnehmer einen jährlichen bezahlten Mindesturlaub von vier Wochen beanspruchen können.

In der Bundesrepublik regelt Näheres das Bundesurlaubsgesetz (BUrlG), durch Tarif- und Arbeitsverträge ist oft mehr Urlaub als der Mindesturlaub verhandelt. Dabei spricht das Gesetz von 24 Werktagen, zu denen auch Samstage zählen. Bei einer 5-Tage-Arbeitswoche reduziert sich der Anspruch somit auf 20 Arbeitstage (24 Werktage Urlaub : 6 Werktage = 4 Wochen x 5 Arbeitstage/Woche = 20 Urlaubstage/Jahr). Arbeitet man weniger als 5 Tage in der Woche, reduziert sich der Urlaubsanspruch entsprechend. Es müssen mindesten 2 Wochen (12 Werktage) zusammenhängend gewährt werden.

**Aber was ist, wenn der Urlaub im Kalenderjahr nicht genommen wurde?** Nach dem BUrlG verfällt er am 31.3. des Folgejahres. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) geht aber weiter und das gilt auch für alle Arbeitsverhältnisse in Deutschland: Kann Urlaub im laufendem Kalenderjahr nicht genommen werden, z.B. wegen Arbeitsunfähigkeit, dann verfällt er eben nicht am 31.3. des Folgejahres. Er geht automatisch – ohne dass es eines Antrages bedarf – auf das nächste Kalenderjahr über

## Wann verfällt der Urlaub?



**OW-Recht:  
Aktuelle Fragen an Arbeitsrichter  
André von Ossowski**

und addiert sich somit zum am 1.1. neu entstandenen Jahresurlaub hinzu.

Kann er dann ganz oder teilweise wegen andauernder Krankheit im gesamten Kalenderjahr nicht genommen werden, dann verfällt er zum 31.3. des Folgejahres endgültig. Dies begründete der EuGH damit, dass nach einer solch langen Krankheit ein über den nicht verfallenden Urlaubsanspruch hinausgehender Urlaub nicht mehr dem Zweck entspricht, nämlich der Erholung von der Arbeit.

Ein Beispiel: Ich bin im September 2020 krank geworden und hatte noch meinen gesamten Jahresurlaub

von 20 Arbeitstagen. Nach der Genesung bin ich am 15.4.2022 wieder im Job eingestiegen. Mein Urlaubsanspruch aus 2020 ist mit Ablauf des 31.3.2022 ersatzlos verfallen. Der nicht genommene Urlaub aus 2021 ist jedoch im Jahr 2022 zu gewähren, zusätzlich des am 1.1.22 entstandenen Urlaubs für das laufende Jahr.

**Urlaubstage, die den gesetzlichen Mindesturlaub übersteigen**, unterliegen der Vertragsfreiheit und sind disponibel, auch bei Verfallsregeln. Davon wird derzeit rege Gebrauch gemacht. Das gilt aber nicht für den **Zusatzurlaub schwerbehinderter Menschen**. Er wird wie der gesetzliche Mindesturlaub behandelt.

**Anders ist es, wenn Urlaub nach Antrag durch den Arbeitnehmer vom Arbeitgeber nicht gewährt wird.** Dann muss der Urlaub bis zum 31.3. des Folgejahres, also nicht bis zum 31.3. des Folgejahres wie bei Krankheit, genommen werden. Dies setzt voraus, dass der Urlaub vom Arbeitnehmer beantragt wird. Die Rechtsprechung hat aber einen weiteren

Arbeitnehmerschutz aufgestellt: EuGH und das Bundesarbeitsgericht (BAG) haben klargestellt, dass der Urlaubsanspruch des Arbeitnehmers nur erlischt, wenn der Arbeitgeber einer Mitwirkungsobliegenheit nachkommt. Kann der Arbeitnehmer dennoch den Urlaub nicht aus freien Stücken nehmen, gilt folgendes:

Der Arbeitgeber muss sich bei der Belehrung gegenüber dem Arbeitnehmer auf einen konkret bezeichneten Urlaubsanspruch eines bestimmten Jahres beziehen und den Anforderungen an eine „völlige Transparenz“ genügen. Das ist dann der Fall, wenn eine Mitteilung zu Beginn des Kalenderjahres darüber erfolgt, wie viele Urlaubstage dem Arbeitnehmer aus welchem konkreten Jahr noch zustehen, verbunden mit der Aufforderung, seinen Jahresurlaub so rechtzeitig zu beantragen, dass er im laufenden Kalenderjahr noch genommen werden kann. Dabei hat die Belehrung konkret die Konsequenzen zu benennen, wonach der Urlaub am Ende des Kalenderjahres, spätestens nach Ende des Übertragungszeitraums von 3 Monaten verfällt. Natürlich unter der Bedingung, dass der Arbeitnehmer in der Lage war Urlaub zu nehmen, ihn aber aus freien Stücken nicht genommen hat. Ist das nicht erfolgt, verfällt Urlaub nicht und ist auf Antrag nachzugewähren. (EuGH vom 6.11.2018, C-684/16 und C-619/16, BAG vom 19.2.2019, 9 AZR 423/16).

## Waffen haben noch niemals einen Krieg beendet ...

Zuschrift von Leser Richard Hinderlich aus Bernau:  
Es macht mir Angst, wie deutsche Bellizisten alles erdenkliche tun, den unseligen Krieg in der Ukraine zu verlängern.

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ (Heinrich Heine) Das habe ich früher als literarisch überhöhte Metapher empfunden. Heute denke ich anders darüber.

Auch mir raubt es den Schlaf, wenn ich an den politischen Zustand meiner Heimat Deutschland denke.

Wir befinden uns nach Meinung des wissenschaftlichen Rates des Bundestages im Kriegszustand mit Russland. Auch der uns allen sattem bekannte Bundesminister Lauterbach äußerte sich in einem Nebensatz diesbezüglich. Aber es gibt darüber keinen Aufschrei! Krieg mit Russland!

Haben wir Deutschen nicht genug davon? Reicht das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges nicht aus? Brauchen

wir das? Es macht mir Angst in einer Zeit zu leben, in der deutsche Bellizisten (z. B. Frau Strack-Zimmermann, FDP-Bundestagsabgeordnete) alles erdenkliche tun, den unseligen Krieg in der Ukraine zu verlängern und auszuweiten. Wir rutschen immer weiter in Richtung direkter Auseinandersetzung, die nur dazu führen kann, dass russische Raketen uns ins Visier nehmen und wir, wie die übrige Welt, in der Apokalypse enden.

Es ist nicht unsere Sache dafür zu sorgen, dass die USA ihren Traum leben, die Welt mit ihrer uneingeschränkten Herrschaft zu beglücken. Dafür ist ihnen offenbar jeder Krieg, der nicht auf eigenem Territorium erfolgt, gut und richtig. Dass die Bundesregierung sich zum Vasallen macht

und geradezu kriecherisch dem Diktator der USA folgt, ist letztlich Verrat am Amtseid – Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Dass das Volk kein Recht auf Wahrheit hat, zeigt das Agieren und Reagieren auf die willkürlich herbeigeführte Umweltkatastrophe durch das Sprengen der Pipeline Nordstream. Begründet wird es mit angeblichen nationalen Interessen. Verschweigen und Vertuschen im nationalen Interesse?

Ist das die wertorientierte demokratisch legitimierte Politik, die unsere dem Plagiat überführte Außenministerin so ambitioniert verfolgt?

Waffen haben noch niemals einen Krieg beendet, sie machen ihn erst möglich. Bezahlt hat jeden Krieg das

Volk. Reich wurden bekanntlich immer nur wenige. Krauss-Maffei stellt wieder Leute ein. Das Panzergeschäft läuft wieder gut.

Brauchen wir die neuen F 35, die für Milliarden in den nächsten Jahren in den USA erworben werden, um die deutsche atomare Teilhabe zu sichern? Heißt es nicht, ein Atomkrieg ist nicht zu gewinnen? Also, wozu atomare Teilhabe?

Die Welt steht vor vielen Herausforderungen. Sie zu bestehen, ist die Aufgabe der heute Lebenden.

Kriege sind dafür das größte Hindernis.

Die Politiker sollen endlich zu ihren Worten stehen. Menschen seid wachsam!



# Die neuen Seidenstraßen

**DIE LINKE Panketal lud am 9. Januar ein zum Thema: „Wohin treibt die Konfrontation zwischen China und den USA?“**

Von Michael Wetterhahn, Panketal

Zum Thema „Wohin treibt die Konfrontation zwischen China und den USA“ fand am 9.1.2023 eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im Rathaus Panketal statt. Vortragender war Dr. Wolfram Adolphi, ein profundes Ostasienkenner. Veranstalter



Vortrag und Diskussion mit Dr. Wolfram Adolphi im Panketaler Rathaussaal. Foto:

war das „Kommunalpolitische Forum Brandenburg“ gemeinsam mit der Basisgruppe DIE LINKE Panketal. Der Einladung folgten 65 Besucher.

Am Anfang wurde die Bedeutung der chinesischen Initiative „Neue Seidenstraße“ behandelt. Dabei wurde der geschichtliche Zusammenhang zur alten Seidenstraße, die über 2000 Jahre eine Handelsverbindung zwischen China und dem Mittelmeerraum war, hergestellt. Mit der „Neuen Seidenstraße“ verbindet China keine aggressiven Absichten, es geht ihm darum, gute Infrastrukturen für den Handel über Land und auf dem Seeweg zu schaffen. Das oberste Ziel der chinesischen Führung ist die fortwährende Anhebung des Lebensniveaus ihrer 1.400 Millionen Einwohner. Obwohl China nunmehr zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht geworden ist, sind die Lebensbedingungen für die meisten Chinesen auf einem einfachen Wohlstandsniveau. Mit seinen Exportleistungen steht China zwar an der Spitze, doch umgerechnet auf die Leistung pro Einwohner, liegt es weit hinter den westlichen Industriestaaten; hier ist Deutschland führend. Ebenso ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf deutlich geringer als im „Westen“.

Systemischer Rivale ist China deshalb, weil sein Beispiel ansteckend sein könnte für die Länder der „Dritten Welt“, denen immer eingeredet

wird, sie müssten dem Weg des „Westen“ folgen. Überhaupt sei unsere Medienberichterstattung nicht dahingehend angelegt, die Menschen zum Denken anzuregen; vielmehr geht es darum, Nachrichtenkonsument zu sein, wie bei den Warenprodukten. Eine differenzierte Berichterstattung, die Verbindungen von Ursachen und

Wirkungen im historischen Kontext darstellen, findet kaum noch statt. Unsere Freiheit wurde nicht am Hindukusch und wird auch nicht in der Ukraine verteidigt!

Angesicht der sehr kapitalistisch anmutenden chinesischen Wirtschaft, wird die Frage oft aufgeworfen, inwiefern sind

die chinesischen Kommunisten noch Marxisten? Adolphi stellte rhetorisch an die Zuhörer die Frage, was ist ein Marxist? Er verweist auf die „Thesen über Feuerbach“, in denen alle gesellschaftlichen Veränderungen in der Welt als menschengemacht dargestellt werden und weiter das Ziel dieser Veränderungen der Nutzen für die menschliche Gesellschaft sein muss. Da die Chinesen eine anspruchsvolle Zielstellung zum 100. Bestehen ihres Staats 2049 haben, nämlich dann für die Bevölkerung ein gehobenes Lebensniveau zu erreichen, verhalten sie sich im Sinne der Feuerbachthesen und sind deshalb Marxisten!

In der Diskussion wurde die „Taiwanfrage“ breit besprochen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die USA Taiwan als „Ukraine 2.0“ ansehen. Das Problem ist äußerst kompliziert und es bleibt zu hoffen, dass es friedlich gelöst wird.

Auf die Frage, wie die Produktionsmittel in China strukturiert sind, bat Adolphi den anwesenden China-Kenner Uwe Behrens darauf zu antworten. Die Landwirtschaftsflächen befinden sich zu 100% im Staatsbesitz. In der Industrie gehören 33% der Betriebe dem chinesischen Staat, vor allem die strukturbestimmenden Betriebe. Über seinen Anteil regelt er den Markt und legt so für ihn Leitplanken an.

## „Ruf nach Diplomatie darf nicht zum Schimpfwort werden!“

**Brandenburger Linksfraktion und Rosa-Luxemburg-Stiftung: Podiumsdiskussion zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Brandenburg gibts auf Youtube**



Foto: Fraktionschef Sebastian Walter am 17. Januar. Foto: ltf

Seit dem 17. Januar kann auf dem Fraktionsflur der LINKEN im Brandenburger Landtag die Ausstellung von Anja Röhl, „Phantasie und Realität“ angeschaut werden. Sie wurde mit der Podiumsdiskussion über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Brandenburg eröffnet. Zahlreiche Gäste lauschten der Podiumsdiskussion mit Kerstin Kaiser, Ingar Solty und Jan van Aken, die gemeinsam mit der „Rosa Luxemburg Stiftung“ veranstaltet wurde.

Fraktionschef Sebastian Walter erklärte in der Begrüßungsrede: „Die bisherigen Waffenlieferungen und Sanktionen haben nicht dafür gesorgt, den Konflikt zu lösen. Deshalb darf der Ruf nach Frieden und der Ruf nach Diplomatie nicht zu einem Schimpfwort werden!“

Die Diskussionsrunde kann angeschaut werden unter: [https://youtube.com/live/1\\_kAauoKb9o](https://youtube.com/live/1_kAauoKb9o) oder direkt:



## Frieden schaffen durch Verhandlungen

**DIE LINKE im Europaparlament ist gegen das weitere Drehen an der Eskalationsspirale**

Am 18. Januar beschloss das Europaparlament ein europäisches Konsortium für die Lieferung von Kampf-Panzern an die Ukraine zu bilden. Özlem Alev Demirel, Friedens- und außenpolitische Sprecherin der LINKEN im Europaparlament hat sich dazu geäußert, nachzulesen auf der Homepage ihrer Fraktion geäußert ([www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)):

Mehr Waffen, schnellere Waffen, größere Waffen, das ist die Devise. Schon jetzt gibt die EU Milliarden für die Aufrüstung der Ukraine aus. Der Krieg in der Ukraine soll auf dem Schlachtfeld entschieden werden. 6000 ukrainische Soldat:innen werden bereits in Deutschland und Polen ausgebildet. Zwar sagt man im Nebensatz zu jeder weiteren Waffenlieferung, man ‚helfe‘ nur und sei keine Kriegspartei. Doch das ist eine bewusste Irreführung in diesem tobenden Stellvertreterkrieg. Der Westen ist längst Kriegspartei in einem Krieg, der nie hätte beginnen dürfen, und der nur durch sofortige und ernsthafte Verhandlungen beendet werden kann.

Der Druck von allen Seiten auf Kanzler Scholz, auch aus den eigenen Reihen, zeigt, in welcher fatalen Eskalationsspirale wir uns bereits befinden. Bei den Leopard-Panzern wird für die Kriegsschreier:innen nicht

Schluss sein, schon wird von Kampfjets und Kriegsschiffen gesprochen. Jede weitere Waffenlieferung ist russisches Roulette. Wer meint, den Krieg gegen eine Atommacht auf dem Schlachtfeld entscheiden zu wollen, hat jeglichen Blick für die Realität und alles Verantwortungsgefühl verloren. Dies ist ein weiterer Schritt auf einem Weg, mit schon heute katastrophalen Folgen für die Menschen in der Ukraine, auf einem Weg, der jederzeit in einer nicht kalkulierbaren, katastrophalen Entwicklung eskalieren kann.

Das Töten muss aufhören! Dieser Krieg wird nur auf dem Verhandlungsweg beendet werden. So wie jeder andere Krieg auch nur politisch beendet werden kann. Ich fordere daher: keine Waffenlieferungen, sondern sofortige, ernsthafte Bemühungen um Friedensverhandlungen, ohne Vorbedingungen und mit dem Willen zu einem echten Ausgleich.

Für ein Ende des Krieges zu sein, heißt, vernünftig zu sein. Vor einem Weltkrieg zu warnen, heißt, sich verantwortungsvoll zu verhalten.

Dieser am 18. Januar beschlossene Antrag ist ein weiterer Tiefpunkt für Die Grünen, die mal als Friedenspartei gestartet sind und sich heute an die Spitze der Scharfmacher:innen und Kriegstreiber:innen setzen. **EP**



## Frauengeschichte(n)

**Gabriele Münter**



Februar

Von Gisela Zimmermann

Gabriele Münter wurde am 19.02.1877 in Berlin geboren. Bereits während ihrer Schulzeit zeigte sich ihre künstlerische Begabung. Ab 1897 nahm sie Privatunterricht im Zeichnen und besuchte die Düsseldorf-Damenkunstschule. Nach dem Tod ihrer Eltern hielt sie sich mit ihrer Schwester etwa zwei Jahre in den USA auf. 1901 zog sie nach München und begann ein Kunststudium im Künstlerinnen-Verein der Damenkunstschule. 1902 belegte sie Kurse in der Malschule „Phalanx“ von Wassily Kandinsky. Gabriele wurde nicht nur dessen Schülerin, sondern auch seine Lebensgefährtin. Ihre frühen Werke, zumeist Landschaftsstudien, orientierten sich am Impressionismus. 1908 zog sie mit Kandinsky nach Murnau in Oberbayern. In dieser Zeit stellte sich für sie der künstlerische Erfolg ein, sie fertigte großartige Bilder von der oberbayerischen Landschaft. So entstanden der „Blick aufs Murnauer Moos“ und „Grabkreuze in Kochel“; beide Werke befinden sich heute in der Städtischen Galerie im Lenbachhaus in München. 1909 gründete sie mit anderen Malern die Neue Künstlervereinigung München, die sie aber wegen Differenzen 1911 mit Kandinsky und Franz Marc verließ. Es folgte die Gründung des Blauen Reiters. Gabriele's Ausdruckssprache wandelte sich in Murnau vom Impressionismus zum Expressionismus. 1915 trennte sich Kandinsky von Gabriele. Bis 1917 hielt sie sich in Stockholm auf, lernte dort die schwedischen Avantgardisten kennen und stellte mehrfach aus. Es folgten Aufenthalte in Kopenhagen, Köln, München, Murnau. 1925 zog sie nach Berlin. 1931 kehrte sie nach Murnau zurück. Dort entstanden bedeutende Landschaftsbilder und Stillleben. Unter den Nationalsozialisten war die Ausstellung ihrer Bilder verboten. Gabriele starb am 19.05.1962 in Murnau. Sie zählt zu den wichtigsten und einflussreichsten Vertreterinnen der modernen Kunst nach 1900.

Quelle: GdW-Umfrage

**32%** der für 2023/2024 geplanten **bezahlbaren Wohnungen** und **21%** der Sozialwohnungen **können nicht gebaut werden.**

Hauptgrund: nicht verlässliche und unzureichende Förderpolitik der Bundesregierung.

## Sozialwohnungen bauen!

„Es sagt viel über die Regierung aus, dass sie es nicht schafft, die versprochenen 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr zu bauen, aber in Windeseile ein 2. Kanzleramt mit Hubschrauberlandeplatz errichten will“, sagt die Abgeordnete Gesine Lötsch auf dem Instagram-Kanal der Bundestagsfraktion der LINKEN. „Der Erweiterungsbau soll 777,3 Millionen Euro verschlingen. Davon könnten auch 6.240 Wohnungen à 60 Quadratmeter gebaut werden!“, ergänzt Bundestagsabgeordnete Caren Lay.

Die am 18. Januar veröffentlichte GdW-Umfrage unter sozial orientierten Wohnungsunternehmen zeigt: Bezahlbarer Wohnungsbau bricht 2023/2024 um ein Drittel ein. Hauptgrund: Unzuverlässige und unzureichende Förderpolitik der Bundesregierung. Am 18. Januar forderte deshalb DIE LINKE vor dem Kanzleramt: Das 2. Kanzleramt gar nicht erst bauen! (Siehe Foto.)

Am 23. Januar hatte DIE LINKE in Barnau zu diesem Thema die wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Caren Lay zu Gast. Einen ausführlichen Artikel dazu finden Sie auf der Homepage der Barnimer LINKEN: [www.dielinke-barnim.de](http://www.dielinke-barnim.de) ig

## Von Hexen und Heldinnen: Frauen in der Dichtung

**Frauentag, 8. März 2023, 19:30 Uhr.** Veranstaltungsort: Buchhandlung Schatzinsel in Barnau, Alte Goethestr. 2c  
**Vorverkauf:** Reservierung erwünscht, Tel.: 03338-761991, Email: [info@schatzinsel-barnau.de](mailto:info@schatzinsel-barnau.de) Preis: 10 Euro.

Rosa und Jonathan Tennenbaum erzählen von Frauen, die mutig in das Rad der Weltgeschichte griffen. Doch auch die weniger spektakulären Beiträge, von denen die Dichter berichten, nötigen uns Respekt ab. Wir hören von klugen, mutigen, listigen und hinterlistigen Frauen ebenso wie von treuen, anmutigen und übermütigen in Gedichten von Goethe, Schiller, Fontane, Chamisso, Heine, Droste-Hülshoff, Mascha Kaléko, Ricarda Huch, Else Lasker-Schüler, begleitet auf dem Piano. *Sylvia Pyrlík*

### Preisrätsel

**Gewinner der Dezember-Ausgabe:** W. Wagner, Werneuchen.

**Lösungswort dieser Ausgabe:** Die grau unterlegten Felder benennen eine Variante,

Frieden zu schaffen, **bis zum 20. März 2023** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de).

**Gespendeter Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**Waagrecht:** 1. Opferstelle, 5. Planet, 8. german. Göttin d. Jugend, 9. Gesichtsteil, 11. Ordensfrau, 14. männl. Vorname, 17. Gegenteil v. grob, 18. Sinnesorgan, 20. Nebenfluss d. Rhone, 21. Nebenfluss d. Elbe, 23. Wasserstrudel, 25. selten, 26. organ. Verbindung, 29. seltenes Halbmetall, 31. Südasiate, 33. brandenburg. Grenzfluss, 35. Bruder des Kain, 36. Büchse, 37. Gold, 40. weibl. Vorname, 43. russ. Halbinsel, 44. Tauwerk, 46. Gewicht d. Verpackung, 47. Flachs, 48. german. Schriftzeichen, 51. Geschirrtel, 52. lokales Netzwerk (Comp.technik), Abk., 53. Verwandter, 56. arom. Getränk, 57. Objektart (Abk.), 60. Teil d. Weinstocks, 62. Hülsenfrucht, 64. Karpfenfisch, 66. Abschnitt, 68. Sternbild, 70. Nebenfluss d. Weser, 72. alkal. Lösung, 74. Ahnin, 75. Feldspat, 76. weibl. Vorname

**Senkrecht:** 1. Halbmetall, 2. russ.: drei, 3. Fingerschmuck, 4. franz. Schriftsteller (1802-1870), 5. Autoart, 6. musikal. Intervall, 7. nord. Name, 10. dt. Rechenmeister (1492-1559), 12. Wärmespeicher, 13. weibl. Wassergeist, 15. Metallstift, 16. Fußteil, 19. nationale Minderheit in Brandenburg, 22. katalan. Fluss, 24. Geländemotorrad, 25. griech. Buchstabe, 27. Besitz, 28. höchstes Gebirge d. Balkans, 30. Auszeichnung, 32. indigenes Volk in Nicaragua, 34. Science-Fiction-Serie von Frank Herbert, 35. nord. Göttergeschlecht, 38. Insel im Viktoriasee, 39. Lanzenreiter, 40. Döbel, 41. Niederschlag, 42. Judograd, 45. nord. Hirsch, 46. Luftdruckgebiet, 49. dt. Spielkarte, 50. Lebensgemeinschaft, 52. dem Wind abgewandte Seite, 54. Nebenfluss d. Donau, 55. selbstbestimmt, 58. Blutsauger, 59. altes dt. Längenmaß, 61. Fallwind a.d. Adriaküste, 63. größerer Fluss, 65. Baumharz, 66. Meeresalge, 67. Weserzufluss, 69. Schwung, 71. osteurop. Staat, 10.-13. Jh., 73. unbekanntes Flugobjekt (Abk.)

1		2		3		4		5		6		7
				8								
9			10					11	12		13	
			14		15		16		17			
18		19		20								
		21		22					23	24		
25				26		27		28				
		29	30					31				32
33	34				35							
			36					37	38		39	
40		41					42		43			
44				45		46						
				47					48	49		50
51								52				
				53	54		55			56		
57	58		59				60		61			
			62			63			64			65
66		67			68			69				
70				71				72		73		
				74								
75									76			